

Antworten der AfD Rheinland-Pfalz auf die Wahlprüfsteine der Dachorganisation der Heilmittelverbände in Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2026

Themenkomplex I: Fachkräftemangel beheben – Berufsgesetze novellieren

Unterstützen Sie die dringende Novellierung des Berufsgesetzes für die physiotherapeutischen Berufe, initiativ auch auf Landesebene? Und wie wollen Sie das gestalten?

Die AfD sieht ebenfalls Bedarf für eine Novellierung des MPhG. Bisherige Reformansätze beurteilen wir hierbei als unzureichend. Insbesondere befürwortet die AfD beispielsweise eine attraktivere Gestaltung der Ausbildung durch Wegfall von Schulgeldern und eine generelle Zahlung einer Ausbildungsvergütung. Allein die Reform der Ausbildung löst vorhandene Problematiken aber nicht. Erforderlich ist eine attraktive Gestaltung des Berufes an sich.

Da es sich jedoch um eine bundesgesetzliche Regelung handelt, bedarf es hier zunächst einer Initiative auf Bundesebene. Sinnvolle Initiativen, die eine entsprechende Reform der Ausbildung bezwecken, sowie der Steigerung der Attraktivität des Berufes, würden wir auch auf Landesebene unterstützen.

Unterstützen Sie dabei die hochschulische Ausbildung als Regelausbildung?

Nein. Die AfD Rheinland-Pfalz sieht in der Akademisierung von Ausbildungsberufen keinen grundlegenden Mehrwert. Vielmehr würde ein Hochschulstudium bedeuten, dass die Zugangsvoraussetzung, das (Fach-)Abitur innezuhaben, den Kreis des möglichen Nachwuchses einschränkt. Die räumlichen Kapazitäten für weitere Studienfächer sind an den meisten rheinland-pfälzischen Hochschulen nicht vorhanden. Wir halten eine Reform der Ausbildung, insbesondere den Entfall von Schulgeld und die Einführung einer Ausbildungsvergütung, für zielführender, junge Menschen zu motivieren, physiotherapeutische Berufe zu ergreifen. Gleichzeitig müssen qualitativ hochwertige Fort- und Weiterbildungsangebote zugänglich sein.

Unterstützen Sie in der Zwischenzeit die Forderung, die bestehenden Modellstudiengänge und die vorhandene Infrastruktur gezielt auszubauen?

Ja. Modellstudiengänge können das Interessentenfeld an physiotherapeutischen Berufen ausweiten, tragen somit zur Fachkräftesicherung bei. Beim Neubau der Universitätsmedizin Mainz sprechen wir uns für entsprechende räumliche Kapazitäten aus, zumal der Studiengang dazu beitragen kann, die Vernetzung zwischen stationärer Versorgung und gesundheitlicher (ambulanter) Nachsorge zu verbessern und wissenschaftlich zu begleiten.

Wie positionieren Sie sich zum Rahmenlehrplan in der Physiotherapie und der damit verbundenen Frage der Verbindlichkeit in der Umsetzung?

Wir als AfD Rheinland-Pfalz setzen uns in allen Bereichen für eine hochwertige Ausbildung ein. Der Rahmenlehrplan hat empfehlenden Charakter. Das begrüßen wir, da dadurch leichter praxisnahe Schwerpunkte gesetzt und Innovationen in den Lehrplan eingebunden werden können. Das Land bleibt letztinstanzlich zuständig für die Kontrolle und Durchsetzung, dass jede Ausbildungsstätte für Physiotherapeuten eine qualitativ hochwertige Ausbildung ermöglicht.

Wie plant Ihre Partei die bürokratischen Hürden für die Anerkennung ausländischer Fachkräfte zu standardisieren und abzubauen?

Ausländische Berufsabschlüsse, die mindestens gleichwertig mit den hierzulande erworbenen Qualifikationen sind, sollen schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Bei medizinischen Heilberufen gehören aus unserer Sicht auch ausreichende Deutschkenntnisse zur Qualifikation, da eine unmissverständliche Kommunikation zwischen Fachkraft und Patient bedeutend für die Versorgung sein kann, in jedem Fall einer zielgerichteten effizienten Behandlung zugutekommt.

Themenkomplex II: Kooperative Therapiemodelle

Unterstützen Sie den Direktzugang des Patienten zum Therapeut oder Therapeutin?

Ja. Ein Zugang, ohne ein Rezept vorlegen zu müssen, kann Arztpraxen entlasten, Patienten Wartezeit ersparen und ihnen Wahlfreiheit ermöglichen. Die AfD fordert eine Rückkehr zu einer Vertrauenskultur gegenüber Ärzten und Therapeuten. Andere Länder haben bereits gezeigt, dass der Direktzugang die Versorgung der Patienten verbessern kann. Innerhalb klar definierter Handlungsspielräume, und unter der Voraussetzung entsprechender Qualifikationen, sollen Therapeuten ihr Fachwissen einsetzen, um selbstständig zu beurteilen, ob ein innerhalb ihres Tätigkeitsbereichs liegender Behandlungsbedarf besteht, oder die Überweisung an (Fach-)Ärzte notwendig erscheint.

Befürwortet Ihre Partei die Einführung eines Direktzuges zur Physiotherapie, sodass Patienten ohne vorherige ärztliche Verordnung physiotherapeutisch behandelt werden können?

Ja, mit derselben Begründung wie bei der vorangegangenen Frage.

Setzt sich ihre Partei für eine Änderung des Heilberufe Gesetzes in Rheinland-Pfalz ein, um den Direktzugang rechtlich zu ermöglichen?

Ja. Aber die Frage betrifft ein Bundesgesetz, so dass der Bundestag zuständig ist, nicht der Landtag. Wir als AfD Rheinland-Pfalz würden die Änderung hin zu einem Direktzugang begrüßen und unterstützen.

Wie bewertet Ihre Partei den Direktzugang im Hinblick auf: Entlastung der ärztlichen Versorgung; Verkürzung von Wartezeiten für Patienten; Verbesserung der wohnortnahen Versorgung; Stärkung der Gesundheitsberufe?

Dies sind alles Gründe, deretwegen wir uns für den Direktzugang vom Patienten zum Physiotherapeuten aussprechen. Durch den Direktzugang ist sowohl von einer Entlastung der Hausärzte als auch einer besseren Zugänglichkeit zu einer bedarfsgerechten Versorgung der Patienten auszugehen. Zudem stärkt die Möglichkeit, mehr Verantwortung zu übernehmen, die Attraktivität der therapeutischen Berufe.

Halten Sie den Direktzugang bei entsprechender Qualifikation der Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten für medizinisch sicher und verantwortbar?

Ja. Physiotherapie ist ein anerkannter medizinischer Heilberuf. Eine hochwertige Ausbildung sichert die Qualität der Therapie und das Vertrauen zwischen Patient und Therapeut. Ausgebildete Physiotherapeuten hätten im Falle des Direktzugangs die Verantwortung, bei einem Krankheitsbild, das der Behandlung durch einen Arzt bedarf, den Patienten an einen (Fach-)Arzt zu überweisen. Diese Verantwortung sind Physiotherapeuten imstande zu tragen. Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür, sowie eine eindeutige Kompetenzverteilung zwischen Therapeuten und Ärzten müssen geschaffen werden.

Plant Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode konkrete Initiativen zur Einführung des Direktzugangs in Rheinland-Pfalz?

Nein, zumindest nicht auf Landesebene. Eine Bundesratsinitiative würden wir bundesländerübergreifend starten.

Unterstützt Ihre Partei landesweite Modellprojekte zum Direktzugang in der Physiotherapie?

Ja. Die Modellprojekte sollen wissenschaftlich begleitet werden, damit sie evaluiert werden können. Dadurch lassen sich vor einer allgemeinen Implementierung Hürden und Schwachstellen identifizieren, was wiederum die Möglichkeit zur Anpassung entsprechender Vorgaben und Limitationen des Direktzugangs bietet, bevor eine bundesweite Gesetzesänderung erfolgt.

Unterstützen Sie die Möglichkeit der Gesundheitsfachberufe, digitale Gesundheitsanwendungen zu verordnen?

Ja, allerdings verbunden mit grundlegenden Änderungen. Zum einen sollen Therapeuten und Patienten über die digitalen Therapiemöglichkeiten bzw. DiGA informiert werden; oft fehlt das Wissen um diese. Zum anderen muss der Nutzen der jeweiligen digitalen Therapie nachgewiesen sein, ehe sie ins DiGA-Verzeichnis des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) übernommen wird. Ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Erstattung von DiGA muss sichergestellt werden. Unter diesen Voraussetzungen können Therapeuten durch die eigenständige Verschreibung von DiGA, diese bestmöglich unterstützend in die Therapie integrieren.

Setzt sich Ihre Partei für die schnelle Anbindung und den umfassenden Zugriff der Gesundheitsfachberufe an bzw. auf die Telematikinfrastruktur ein?

Ja. Eine schnelle und vor allem flächendeckende TI-Anbindung der Praxen ist sinnvoll, da sie zum Bürokratieabbau beitragen und den gesamten Behandlungsprozess verbessern kann.

Unterstützen Sie die Forderung eines Mitsprache- und Mitwirkungsrechts der Gesundheitsfachberufe an den sie betreffenden Entscheidungen des Gemeinsamen Bundesausschuss?

Ja. Wer betroffen ist, soll mitreden und mitentscheiden dürfen.

Themenkomplex III: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Unterstützen Sie die Forderung der Gesundheitsfachberufe nach einer angemessenen Vergütung?

Ja. Eine angemessene Vergütung sichert die Praxen in ihrer Existenz, ermöglicht ihnen eine moderne Ausstattung und ist für die Nachwuchsgewinnung wesentlich. Wer gute Arbeit macht, soll dafür gut bezahlt werden. Der große volkswirtschaftliche Nutzen sowie die individuellen Vorteile einer starken Gesundheitsprävention, einer wirksamen Therapie sowie schnell greifenden Nachsorge sind auch bei der Lohnfindung bzw. Kassenerstattung stets zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie fragen: Ist in Ihrem gesundheitspolitischen Programm vorgesehen, ein landesweites Förderprogramm aufzulegen, das Physiotherapiepraxen in Rheinland-Pfalz bei der Anschaffung von Hardware finanziell unterstützt?

Ja, in unserem Wahlprogramm fordern wir, Niederlassungen zu fördern. Darin heißt es unter anderem (S. 82): „Eine Praxisübernahme oder die Neugründung einer Arztpraxis kostet in Rheinland-Pfalz zwischen 100.000 und 250.000 Euro je nach Fachgebiet, Ausstattung und

Lage. Möglichkeiten zur Finanzierung und Förderung der Niederlassung müssen bereits im Studium den angehenden Mediziner*innen vermittelt werden. Wir fordern, niederlassungswilligen Ärzt*innen unbürokratische, angemessene und transparente Finanzierungen zur Verfügung zu stellen.“

Die Forderung nach einer besseren Ausstattungsförderung lassen sich 1:1 auf Physiotherapiepraxen übertragen, da wir Gesundheitspolitik ganzheitlich betrachten, dies können Sie aus den Gesundheits- und Pflege-Kapiteln unseres Wahlprogramms entnehmen (S. 80-88).

Das AfD-Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026 können Sie hier herunterladen: <https://alternative-rlp.de/unser-programm/>

Falls ja, wie stellen Sie sich die konkrete Ausgestaltung eines solchen Förderprogramms vor?

Das Förderprogramm für die Praxen Ausstattung der medizinischen Heilberufe werden wir in den Kommunen verankern. Die Kommunen erhalten zweckgebundene Landeszuweisungen, die sie ausdrücklich für die Niederlassung bzw. Praxen Übernahme erhalten. Damit sollen die Therapeuten die Räumlichkeiten und ihre Ausstattung mitfinanzieren. Auf Landesebene sollen in der Form von Bürgschaften eventuell darüberhinausgehende Kredite vergünstigt werden; dafür ist die landeseigene Investitions- und Strukturbank ISB Rheinland-Pfalz zuständig.

Falls nein, wie möchten Sie sicherstellen, dass die digitale Anbindung der Physiotherapiepraxen ohne zusätzliche wirtschaftliche Belastung der Praxen gelingt?

(Frage entfällt, da unsere Antwort ja lautet.)

Themenkomplex IV: Verkammerung der Gesundheitsfachberufe

Wie stehen Sie zu einer Therapeutenkammer auf Landesebene?

Die AfD Rheinland-Pfalz lehnt es ab, dass Physiotherapeuten oder andere medizinische Heilberufe aus dem Parlament heraus einem Kammerzwang unterworfen werden, da dies zu weiteren starren Vorgaben und einem höheren Maß an Bürokratie führen kann. Im Gegenteil: Im Falle der Pflegekammer Rheinland-Pfalz, die über die Köpfe der Betroffenen gegründet wurde, sprechen wir uns für deren Abschaffung aus.

Sollte die Initiative bezüglich einer Kammer von Seiten der Betroffenen ausgehen und unter diesen sich eine Mehrheit für eine eigene Kammer ausspricht, würde die AfD einem solchen Vorhaben nicht im Wege stehen.